

Berlin, 1. Februar 2011

Ihre „Extremismus-Erklärung“

Sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Dr. Schröder!

Ich schreibe Ihnen wegen einer großen Irritation angesichts von Nachrichten aus Ihrem Hause. Die „Extremismuserklärung“, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und des Programms „Initiative Demokratie stärken“ abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen, demokratieschädigend und kontraproduktiv. Ich fordere Sie daher dringend auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten „Demokratieerklärung“ in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

Ich finde Ihre Aktion wirklich peinlich.

Es ist auch nicht ersichtlich, dass die politischen Probleme, die Sie lösen wollen oder vorgeben lösen zu wollen, durch diesen restriktiven Bürokratismus bekämpft werden könnten. Ihr Vorhaben offenbart einen beunruhigenden Mangel an Phantasie und auch an Vertrauen in die Projektträger, die sie mit Ihrem Programm doch genau diese Aufgaben übertragen wollen (oder doch nicht übertragen wollen?).

Haben Sie sich bei den angehenden Projektträgern erkundigt, ob sie Ihre Problemwahrnehmung teilen, und ob Sie ggf., statt Ihrer Kontrolle, entsprechende *Unterstützung* wollen würden?

Ein gutes Programm funktioniert nur mit den Projektträgern zusammen, nicht gegen sie. Mit Ihrem Impuls haben Sie viel Vertrauen beschädigt, dass Sie wieder aufbauen müssen.

Ich bitte Sie, mir mitzuteilen, wie Sie weiter verfahren wollen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufgeschlossenheit und verbleibe

mit besten Grüßen

U. Kux